



© APA/Hans Punz

Reform

Die ÖVP schwenkte zwar um, aber laut Ministerin Edtstadler soll nicht alles öffentlich werden.

che Stelle gibt es in vielen europäischen Ländern, etwa auch Deutschland, der Schweiz und der Slowakei. Sie kann Transparenz im Sinne der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen und gleichzeitig die Verwaltung beraten. Das zeigen uns verschiedene Beispiele in Europa: Der Beauftragte ist essenziell dafür, dass Transparenz auch *gelebt* und *umgesetzt* wird. Die Verwaltungsgerichte hingegen können Transparenz nicht sicherstellen. Gerichtsverfahren ziehen sich über viele Jahre. Wir sind in verschiedenen Fällen gegen Auskunftsverweigerung durch Behörden vor Gericht gegangen. So versuchen wir etwa seit vier Jahren, eine Auskunft von der Stadt Wien zu von Mitarbeitern gesammelten Einsparungsvorschlägen zu bekommen. Trotz einem von uns erreichten Urteil des Höchstgerichts hat die Stadt Wien die Informationen weiter geheim gehalten. In einem erneuten Verfahren ist es nicht einmal dem Richter gelungen, die Akten einsehen zu können.

unter das neue Gesetz fallen werden. Was sagen Sie dazu?

Huter: Ein Informationsfreiheitsgesetz, das nicht sicherstellt, dass die Öffentlichkeit nachvollziehen kann, was im Detail mit unseren Steuergeldern geschieht, würde diesen Namen nicht verdienen. Wenn es um viele Hunderttausende oder gar Millionen Euro an Förderungen für Unternehmen geht, dann gibt es ganz klar ein überwiegendes öffentliches Interesse an Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

medianet: In Ländern wie Schweden kann man als Bürger von der Privatadresse bis zum Steuerbescheid seines Nachbarn sehr viele Daten digital abrufen. Wie weit soll Ihrer Meinung nach das Gesetz in Österreich gehen?

Huter: Es braucht einen gläsernen Staat, keinen gläsernen Bürger. Ein Informationsfreiheitsgesetz schafft weder das Grundrecht auf Datenschutz noch die Privatsphäre ab, das zeigt etwa das Beispiel Deutschland ganz klar, wo es längst ein Informationsfreiheitsgesetz gibt: Persönliche Informationen von Bürgerinnen und Bürgern werden weiterhin geschützt bleiben. Das Beispiel Schweden

wird oft verwendet, um Angst vor der Transparenz zu schüren. Die Offenheit von Steuerdaten dort hat aber nicht direkt etwas mit dem Bürgerrecht auf Informationszugang zu tun, das in Schweden bereits vor über 250 Jahren eingeführt wurde.

medianet: Es gibt bereits seit einiger Zeit etwa die Transparenzdatenbank für diverse Förderungen; reichen aus Ihrer Sicht die Strafen bei einer Nichtbefüllung aus?

Huter: Es gibt meines Wissens keine Sanktionen für das Nichtbefüllen der Transparenzdatenbank. Diese bringt für Bürgerinnen und Bürger auch keinen Mehrwert: Entgegen ihrem Namen sind die dort enthaltenen Informationen zu ausbezahlten Förderungen geheim, auf die Verarbeitung der Daten stehen hohe Geldstrafen. Es gibt Bundesländer, Städte und Gemeinden, die Förderungen freiwillig offenlegen. Allerdings ist das leider die Ausnahme. Wie man etwa bei den milliardenschweren Corona-Hilfstöpfen sieht: Was mit Steuergeldern in Österreich passiert, bleibt weitgehend im Dunkeln. Wer welche Gelder warum erhält, ist meist nicht nachvollziehbar.

medianet: Eine Frage zu den Fristen, bis wann Behörden Informationen zur Verfügung stellen müssen: Welche Fristen wären sinnvoll?

Huter: Wir glauben, eine Frist von maximal zwei Wochen für eine Auskunftserteilung wäre angemessen – nicht die vier bis acht Wochen, die von Regierungsseite vorgeschlagen werden. Lange Fristen nehmen einem Informationsfreiheitsgesetz die Schlagkraft, etwa für Journalisten, die ein solches Gesetz als Recherchegrundlage verwenden.

Zum Vergleich: Gegenüber EU-Institutionen haben wir ein Recht auf Dokumenteneinsicht binnen 15 Arbeitstagen, in manchen EU-Ländern liegt die Auskunftsfrist bei einer Woche. Der Plan im Regierungsprogramm sieht jedoch leider lange Auskunftsfristen vor – bis zu acht Wochen.

medianet: Anders als in anderen Ländern soll es in Österreich keinen Transparenzbeauftragten geben. Ist das ein Fehler?

Huter: Ein Informationsfreiheitsgesetz ohne unabhängigen Beauftragten wird keine echte Transparenz bringen. Eine sol-

”
Lange Fristen nehmen einem Informationsfreiheitsgesetz die Schlagkraft, etwa für Journalisten, die ein solches Gesetz als Recherchegrundlage verwenden.

Mathias Huter